



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIV/120 - 2. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Wer wird Genf "entberlinisieren"?	84
	Bericht von der Außenminister-Konferenz in Genf	
3 - 4	Konflikt Senat - Regierung	57
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
5	Aushöhlung des Bundestages	45
	Von Dr. Adolf Arndt, MdB	
6 - 7	Begabtenförderung - eine Existenzfrage	67
	Kotschrei der Lehrer aus Niedersachsen	

* * *
* *

2. Juni 1959

Wer wird Genf "entberlinisieren"?

G.M., Genf

Als Bundespressechef Felix von Eckardt Montagnachmittag in einer Pressekonferenz gefragt wurde, ob denn jetzt nur noch das Berlin-Problem isoliert von anderen Verhandlungsthemen zur Debatte stehe, meinte er etwas ausweichend, so sei das wiederum auch nicht. Die "Pakete" von Ost und West lägen immer noch auf dem Konferenztisch, und man könne nicht wissen, ob der eine oder andere Verhandlungspartner wieder darauf zurückgreife.

Einige Stunden später ließen die Amerikaner die angelsächsische Presse wissen, man könne mit einem Überraschungsvorstoß der Russen rechnen, man kenne ihre Taktik und dürfe sich auf alles gefaßt machen.

Schließlich sagte noch am gleichen Abend nach der Geheimsitzung der vier Außenminister der russische Sprecher Michail Kharlamov, nachdem er nur einige nichtssagende Bemerkungen über den Verlauf der Außenminister-Zusammenkunft des Nachmittages gemacht hatte: "Meine Position ist schwierig, da die Minister übereingekommen sind, nichts über ihre Gespräche verlautbaren zu lassen. Aber ich glaube, daß die Sitzung nützlich war. In einigen Tagen werden Sie wissen, warum".

Diese drei sich ergänzenden Bemerkungen haben selbstverständlich im Genfer Pressehaus, dem Informationszentrum der Journalisten aus aller Welt, zu weitgehenden Spekulationen über die Frage geführt, ob etwa einer der "großen" Verhandlungspartner nicht doch noch den Versuch machen werde, die Konferenz wieder "in Fahrt" zu bringen und das Berlin-Problem aus seiner isolierten Erörterung herauszuführen. Diese Spekulationen sind begreiflich, denn nur wenigen scheint bei dem Gedanken wohl zu sein, daß bei dieser nunmehr schon über drei Wochen dauernden Außenminister-Konferenz nichts anderes herauskommen sollte als ein mehr oder weniger zweifelhafter Kompromiß in der Berlin-Frage.

Analysiert man die Darlegungen von Eckardts, dann muß man zu der Auffassung gelangen, daß die westdeutsche Delegation nicht mehr die Absicht zu haben scheint, irgendetwas zur "Entberlinisierung" der Außenminister-Konferenz beizutragen.

In Kreisen der westdeutschen Delegation bietet sich offenbar das Bild wie folgt dar: Das östliche "Paket" ist unannehmbar, das westliche "Paket" wurde von den Russen abgelehnt - also reden wir über Berlin. Irgendetwas wird dabei schon herauskommen, denn die Russen wollen ja die "Gipfelkonferenz". - Jedenfalls hat man bis zur Stunde kein Sterbenswörtchen darüber gehört, ob die Mitglieder der westdeutschen Delegation irgendwelche anderen Gedankengänge bewegen.

In amerikanischen Kreisen wird vermutet, daß die Russen - vielleicht noch in dieser Woche - das Problem des militärischen Auseinanderrückens der Machtblöcke in Mitteleuropa wieder auf den Verhandlungstisch bringen, um auf diesem Wege ein greifbares Konferenzthema für das Gipfeltreffen bereit zu haben. Wie allerdings die Amerikaner auf einen solchen Versuch der Russen reagieren würden - falls er gemacht wird - bleibt nach wie vor problematisch.

Die Russen selbst hüllen sich in Schweigen. Sie erinnern daran, daß frühere Versuche ähnlicher Art (wie der Rapacki-Plan), die von ihrer Seite aus lange vor der Außenminister-Konferenz gemacht wurden, auf Ablehnung gestoßen sind. Ausweichend beantworten sie die Frage, ob sie noch einmal einen derartigen Versuch unternehmen würden ...

Das englische Delegationsteam war am Montag "sauer". Der in der "Times" veröffentlichte Artikel, in dem die Rede davon war, Selwyn Lloyd werde vielleicht bald nicht mehr Außenminister sein, wurde in englischen Delegationskreisen als "innenpolitisches Störmanöver" ohne jede Bedeutung für die Konferenz bezeichnet. Aber trotz der Erklärung Macmillans, der "Times"-Artikel entbehre jeder Grundlage, konnten einzelne Mitglieder der englischen Delegation ihre Unruhe nicht verbergen. Sie wiesen darauf hin, daß die "Times" im allgemeinen sehr gut informiert sei und die besten Beziehungen zur konservativen Regierung habe. In Ergebnis führte jedenfalls dieser Zwischenfall dazu, daß mindestens am Montag die britische Aktivität nachgelassen zu haben schien.

Mit einem speziellen französischen Beitrag zu dem Versuch, die "Pakete" wieder zu öffnen und die Berlin-Frage aus der isolierten Erörterung herauszubringen, ist wohl kaum zu rechnen. Die Achse Bonn - Paris scheint gut gelagert zu sein, und solange Amerikaner, Russen und Engländer sich übereinstimmend weigern, die Franzosen zu den im Hintergrund wartenden Verhandlungen über den Stop und die Kontrolle von Atomwaffenversuchen hinzuzuziehen, wird sich an der Haltung von Paris wohl nichts ändern.

Wenn es doch noch möglich sein sollte, mehr als nur eine über die "Pakete" hinausgehende Diskussion über das Berlin-Problem zu führen, dann dürfte die Initiative von den Amerikanern und Russen zu erwarten sein. Bonn und Pankow spielen dabei überhaupt keine Rolle. Sie sind zur Zeit ausgeschaltet, wenn man auch in der Bonner Delegation immer wieder versichert, über die Geheimbesprechungen der "Großen Vier" bestens unterrichtet zu sein.

Aber unabhängig von den möglichen Versuchen, das Konferenzrad mit den Fragen der Wiedervereinigung oder der militärischen Entspannung wieder in Schwung zu bringen - eine Perspektive, die sich am späten Montagabend nur wegen der erwähnten Äußerungen der Amerikaner und Russen zu zeigen schien, - wird weiter hartnäckig an einer irgendwie gearteten Lösung des Berlin-Problems gearbeitet.

Ob das, was dabei herauskommt, jedoch wird als "Lösung" gewertet werden können, ist mehr als zweifelhaft.

+ + +

Konflikt-Senat-Regierung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Just zum ersten Jahrestag der gaullistischen Machtübernahme ist in Paris die erste Regierungskrise des neuen Regimes ausgebrochen. Innenminister Jean Berthoin, ein bürgerlicher "Radikaler" und Landwirtschaftsminister Roger Houdet, ein bürgerlicher "Unabhängiger", sind zurückgetreten, angeblich aus "Gesundheitsgründen". Diese "Gesundheitsgründe" hindern sie aber nicht, Senatoren zu bleiben. Und hier liegt der springende Punkt der gegenwärtigen Krise. Die beiden Minister hatten die Wahl, in der Regierung zu bleiben oder auf ihre Sitze im Senat zu verzichten. Sie haben sich für den Senat entschieden. Und das ist von besonderer Bedeutung in einem Augenblick, in dem es zum offenen Konflikt zwischen Senat und Regierung gekommen ist.

Der Senat, der nach den letzten Wahlen getreuer als die Nationalversammlung die wirkliche französische Volksmeinung widerspiegelt, hat es gewagt, gegen die autoritären Vorschriften der Regierung zu rebellieren. Er will nicht auf sein Recht verzichten, nach Anhörung der Minister abzustimmen. Die zuständige Senatskommission lehnte den gaullistischen Antrag, auf das Abstimmungsrecht zu verzichten, mit 25 gegen 4 Stimmen ab. Die Regierung hat daraufhin die "Beziehungen" zum Senat abgebrochen. Soustelle, der über die Sahara referieren sollte, ist im Senat nicht erschienen, um die Senatoren für ihren Eigensinn zu "bestrafen". Der Premierminister verhält sich in dieser Angelegenheit in einer Weise, die von "Le Monde" als "fast brutal" bezeichnet wird.

Linksdemokraten, Sozialisten und Kommunisten haben bereits eine Reihe von wichtigen Anträgen eingebracht: Wiedereinführung der abgeschafften Kriegsteilnehmerrenten, Erhöhung der Familienunterstützungen und Altersrenten, Entlassung der Soldaten nach Ablauf der

normalen Dienstzeit, Amnestie für die Teilnehmer des Aufstandes des Jahres 1947 in Madagaskar, undsoweiter. Der Senat wird so zum demokratischen Forum, während in der Nationalversammlung die Opposition viel schwächer zum Ausdruck kommt.

Die beiden Minister haben sich also, wie in Pariser Regierungskreisen mit bitterem Unterton bemerkt wird, "für die 4. Republik entschieden". De Gaulle hat nur folgende Entscheidung getroffen, die beschwichtigend wirken soll. Der freigewordene Posten des Innenministers, der lange Zeit von der gaullistischen UNR, insbesondere von Scustelle gefordert wurde, wird einem "Techniker" übertragen, dem bisherigen Staatssekretär Pierre Chatauret. Entscheidende Schlüsselstellungen sind nun von den Nichtparlamentariern, Technikern oder hohen Beamten besetzt: Die Ministerien für Aussenpolitik, Unterricht, Wohnungsbau, Industrie, die "Generaldelegation" in Algerien und das Ministerium für die französische "Communauté" (Übersee-Gemeinschaft).

Um andererseits auch die Parlamentarier zu beschäftigen, wurde ein Senator, Henri Rochereau zum neuen Wirtschaftsminister ernannt. Hinter diesem Personenwechsel verbirgt sich schliesslich die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft, der offene Konflikt zwischen den Ministerien und dem Verband der französischen Landwirte, die gegen die allzu grossen Opfer protestieren.

Dazu kommen gerade auch jetzt die Streiks der Gas- und Elektrizitätsarbeiter und andere Lohnbewegungen, ganz wie in der 4. Republik, nur mit dem Unterschied, dass die Regierung "nicht hören will". Die bürgerliche Wirtschaftszeitung "Les Echos" bemerkt dazu unter dem Titel "Wolken": "Man muss befürchten, dass sich die Regierung in ihrer Festung verschanzt, von aussen nicht mehr genug Luft bekommt und für die von aussen kommende Unruhe taub ist..."

Aushöhlung des Bundestages

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Im Wirtschaftsteil des "Rheinischer Merkur", Nr. 22 vom 29. Mai, liest man:

"Weil die CDU-Fraktion über die absolute Mehrheit verfügt, hat sich das Gewicht stark zu deren Arbeitskreisen hin verlagert. Hier soll die Meinung der CDU-Abgeordneten koordiniert werden, damit sie in den Bundestagsausschüssen möglichst geschlossen auftreten können. Erschwert wird dies indes durch die fortschreitende Gruppenbildung innerhalb der Fraktion wie der Arbeitskreise, in denen sich etwa die Landwirte, die Mittelständler, die Arbeitnehmer zu stark interessengebundenen Arbeitsgemeinschaften zusammengefunden haben. Unvoreingenommene Diskussion der Abgeordneten im Arbeitskreis wird dadurch beeinträchtigt. Es kommt immer öfter zum Tauziehen zwischen den verschiedenen Interessengruppen. Das wirkt sich sehr hemmend aus, denn was in den Arbeitskreisen nicht entschieden ist, kann nicht im Ausschuss beraten werden".

Sowohl die Entscheidungen als auch sogar die Beratungen werden also aus den Ausschüssen des Bundestages in die Arbeitskreise der CDU-Fraktion ververlegt. Eine Folge dieser Aushöhlung des Bundestages bekam kürzlich der Rechtsausschuß zu spüren. Zur Abstimmung über eine rechtspolitische schwierige Frage wurden plötzlich einige CDU-Abgeordnete hereingeholt, die von den in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten keinerlei Ahnung hatten. Gegenwärtig beschäftigt sich der Rechtsausschuß mit dem Regierungsentwurf für ein Gesetz gegen Volksverhetzung. Diese Vorlage muß schwere Bedenken erwecken. In ihren Auswirkungen könnte sie ein Gesetz zur Vertreibung der Juden aus Deutschland werden. Trotzdem geschah es, daß der Abgeordnete Dr. Kanka (CDU) während der allgemeinen Aussprache den Antrag auf Schluß der Debatte stellte. In den zehn Jahren seit 1949 ist ein solcher Antrag im Rechtsausschuß nicht gestellt worden. Hierauf machte der Vorsitzende, Abgeordneter Hoogen (CDU), aufmerksam. Daraufhin zog der Abgeordnete Kanka seinen Antrag zurück. Aber der Antrag bleibt ein Symptom dafür, daß der Wille und die Bereitschaft fehlen, Erwägungen und Gedanken anderer Abgeordneter zur Kenntnis zu nehmen und sich darüber ernstlich auszusprechen.

Selbstverständlich kann und soll die CDU (wie jede Fraktion) in ihren Arbeitskreisen die parlamentarische Ausschußberatung vorbereiten. Wird aber dort, wie der "Rheinischer Merkur" bestätigt und wie die Praxis zeigt, bereits abschließend "entschieden", so wird die Diskussion in den Ausschüssen des Bundestages zur bloßen Farce. Würde dieser Weg weitergegangen, so liquidiert der Bundestag sich selbst.

Begabtenförderung - eine Existenzfrage

Niedersachsens Lehrer haben sich in die Diskussion um die Verbesserung des deutschen Schul- und Bildungswesens eingeschaltet. Unter dem Titel "Wege zur Schule unserer Zeit" hat der "Gesamtverband Niedersächsischer Lehrer" in diesen Tagen eine Denkschrift vorgelegt, die das Augenmerk der Öffentlichkeit auf das Problem der Begabtenförderung lenken und für Niedersachsen Wege aus dem Dilemma zeigen will. In dieser Arbeit, deren Grundgedanken über das Land Niedersachsen hinaus Bedeutung haben dürften, heißt es:

Unsere politische und wirtschaftliche Existenz entscheidet sich in den Laboratorien, auf den technischen Versuchsfeldern und in den industriellen Produktionsstätten, Erdsatelliten und Atommeiler, Mondraketen und Automation, künstliche Planeten und Wasserstoffbomben: das sind die Kennworte dieser Entwicklung. Sie zeugen von den gigantischen Anstrengungen der Völker, sich im Wettstreit untereinander zu behaupten. Die Waffen für dieses Ringen liefern der Geist und die Technik. Gewinnen wird, wer die meisten Wissenschaftler, die meisten Ingenieure und Techniker wie überhaupt die meisten geistigen Führungskräfte ins Treffen führen kann.

Wie steht es damit in der Bundesrepublik? Als Antwort zwei Zahlen: Allein auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Maschinenbau fehlen uns 32.000 Ingenieure. Dieser Mangel wird immer drückender. In der Sowjetunion dagegen soll die Zahl der im Studium befindlichen Ingenieure bis 1960 auf die Höhe von 1.000.000 gesteigert werden.

Deutschland muß sich aber auch in Europa behaupten. Ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einmal verwirklicht, werden Fleiß, wirtschaftliches Vermögen und technisches Können über den Platz entscheiden, den das einzelne Volk innerhalb dieser Gemeinschaft einnimmt. Was aber, wenn uns die Menschen fehlen, die führen, forschen und lehren, erfinden, planen und konstruieren? Sie fehlen heute bereits! Ein Blick in den Anzeigenteil großer Tageszeitungen beweist es. Das Angebot unbesetzter Stellen ist riesengroß.

Was ist dagegen zu tun? Eine Forderung steht obenan: Keine Begabung, kein Talent darf künftig verkümmern!

Drei Dinge sind unerläßlich:

Das Volksschulkind muß die Schule berufsreif und lebens-
tüchtig verlassen. Das ist nur über neue Formen der schu-
lischen Erziehung und Bildung möglich.

Die Zahl der bis zur Hochschulreife Geförderten muß er-
heblich gesteigert werden. Sie ist in Niedersachsen be-
sonders niedrig.

Es müssen mehr Lehrer - und zwar für alle Bildungsstu-
fen - herangebildet werden.

Können mehr Jugendliche zur Hochschulreife gefördert werden? Ja.
Dazu gibt es verschiedene Wege. Man kann begabte Mittelschulabsolven-
ten ohne Zeitverlust bis zur Reifeprüfung fördern, beispielsweise
durch gymnasiale Aufbauschulen in Kurzform.

Es müssen Heimschulen errichtet und weitere Einrichtungen wie das
Braunschweig-Kolleg und das Propädeutikum in Wilhelmshaven gegründet
werden. Förderungswürdige Schüler sind wirtschaftlich ausreichend zu
unterstützen.

Um diese Wege gehen zu können, braucht man genügend Lehrer. Leh-
rer fehlen aber. Die Katheder verweisen. 2.000 Lehrer fehlen heute
schon in Niedersachsen. Mindestens 1.500 werden darüber hinaus fehlen,
wenn das neunte Schuljahr eingeführt wird. Niedersachsen krankt an
Lehrermangel. Lehrermangel aber bedeutet Bildungsmangel; Bildungsmän-
gel verursachen Leistungsabfall. Ein Volk aber, dessen Leistungen nach-
lassen, wird im Wettkampf der Völker überspielt.

Wir brauchen mehr Lehrer. Wir werden sie nur bekommen, wenn wir
in den jungen Menschen das pädagogische Interesse wecken; wenn wir be-
wußt machen, daß vom Lehrer - vom Volksschullehrer bis zum Hochschul-
lehrer - unser aller Zukunft abhängt; wenn die sozialen Bedingungen
und die Ausbildung des Lehrers denen anderer akademischer Berufe ange-
glichen werden.

Das Aufnahmevermögen der Pädagogischen Hochschulen muß beträchtlich
erhöht werden. Das bedeutet: mehr Dozenten, mehr Räume, mehr Arbeits-
mittel.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler